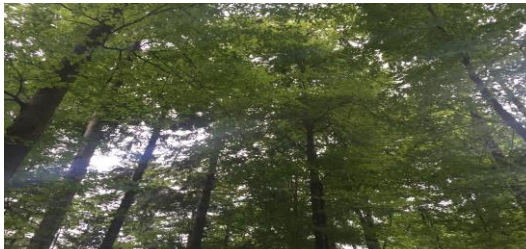


## Dr. Patrick Rapp MdL zum BGH-Urteil über das Kartellrechtsverfahren



Der Vorsitzende des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz Dr. Patrick Rapp MdL sagte zur Entscheidung des Bundesgerichtshofes im Kartellrechtsverfahren: „Die Entscheidung des Bundesgerichtshofes hat gezeigt, dass das Vorgehen des Landes der richtige Weg war!“

„Der BGH hat heute deutlich gemacht,

dass die Entscheidungen des Beschwerdegerichts und des Bundeskartellamtes nicht korrekt waren. Hierdurch wird bestätigt, dass insoweit unsere Bewertung des bisherigen. Verfahrens zutreffend war“ erklärte Dr. Rapp.

„Ob und inwieweit diese Entscheidung Konsequenzen für die aktuell laufenden Beratungen über die Neuorganisation der Forststrukturen im Land hat, gilt es nun eingehend zu beraten. Eine abschließende Bewertung ist erst möglich, wenn alle relevanten Aspekte beleuchtet werden können. Dazu muss die schriftliche Urteilsbegründung abgewartet werden. Für uns bleibt jedoch zentrales Ziel, gemeinsam mit den Vertretern des Kommunal- und Privatwaldes, eine zukunftsfähige, nachhaltige und vor allem rechtskonforme Forststruktur auf den Weg zu bringen. Zentrale Aspekte bleiben dabei für uns die Einrichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts für die Bewirtschaftung der landeseigenen Wälder sowie die Sicherstellung einer weiterhin qualitativ hochwertigen Beratung und Unterstützung der kommunalen und privaten Waldbesitzer“ äußerte Dr. Rapp.

## Politik und Bergwacht im Dialog



Die Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg, Dr. Patrick Rapp MdL und Siegfried Lorek MdL, haben am Freitag (25.05.2018) die Bergretter auf dem Feldberg besucht. Im gemeinsamen Gespräch informierten sie sich über die ersten Verbesserungen, die im Rahmen der Neustrukturierung des Bergrettungsdienstes eingeleitet wurden. Dabei hatten sie auch Gelegenheit, einen Einblick in den 10-tägigen Kompaktkurs Notfallmedizin zu erhalten, an dem aktuell mehr als 20 angehende

Bergretterinnen und Bergretter im Hochschwarzwald teilnehmen. Dr. Patrick Rapp, Vorsitzender des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz der CDU-Landtagsfraktion, zeigte sich erfreut über die Entwicklung, die das Land durch erhöhte Investitionsfördermittel angestoßen hat: „Der Fuhrpark kann erneuert, das Material modernisiert und das Ehrenamt unmittelbar gefördert werden. Die vielen jungen angehenden Bergretter sind sichtlich motiviert.“ Die Mitglieder des Landesvorstands der Bergwacht nutzten den Anlass, sich für den eingeschlagenen Weg und die Unterstützung durch das Land zu bedanken. Vieles konnte schon erreicht werden oder ist unmittelbar in Vorbereitung. Einige Projekte stehen aber noch an, wie zum Beispiel umfangreiche Bauvorhaben und die Etablierung eines eigenständigen Fachdienstes „Bergrettung“ im Katastrophenschutzdienst des Landes.

Hintergrund:

Das Innenministerium und die Bergwacht in Baden-Württemberg haben Ende 2016 ein umfangreiches Programm zur Neustrukturierung des Bergrettungsdienstes verabschiedet. Dazu gehört neben vier neuen Geländefahrzeugen, die vollständig vom Land finanziert werden, auch eine Erhöhung der jährlichen Investitionsfördermittel von 120.000 € auf 600.000 €. Damit sollen der Fuhrpark und die Ausrüstung der Bergretter modernisiert werden. Mit Fraktionsmitteln der CDU-Landtagsfraktion konnte zudem in digitale Kommunikationsmittel investiert werden.

Ebenfalls Teil des Pakets sind mehrere Bauvorhaben. So sollen in vielen Landkreisen neue Bergrettungswachen gebaut oder bestehende Gebäude modernisiert werden.

## Sag e mol.....

### Worum geht ´s im Kartellrechtsverfahren und warum eine Forstneuorganisation?

Das Bundeskartellamt hat seit 2012 gegen das Land Baden-Württemberg aufgrund der gebündelten und waldbesitz-übergreifenden Holzvermarktung durch das Land ermittelt. Das Land vermarktete Hölzer aus Staats-Kommunal und Privatwald. Im Lauf der Ermittlungen erweiterte das Bundeskartellamt seine wettbewerbsrechtlichen Bedenken um die der Holzernte vorgelagerten Tätigkeiten. So sollte die forstliche Betriebsleitung wie auch der Reviervdienst diese Tätigkeiten für den Kommunal- wie auch den Privatwald ausführen. Das Bundeskartellamt sprach zum 15. Juli 2015 eine Untersagungsverfügung gegen das Land aus. Laut der Untersagungsverfügung muss sich das Land innerhalb der Frist von zwei Jahren nach Betriebsgrößen gestaffelt vollständig aus der forstlichen Betreuung zurückziehen. Gegen diese Untersagungsverfügung klagte das Land beim zuständigen Oberlandesgericht Düsseldorf. Das Oberlandesgericht Düsseldorf hat am 15. März 2017 die Entscheidung gefällt, wonach die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamtes vollständig bestätigt wurde. Daraufhin legte das Land Rechtsbeschwerde vor dem Bundesgerichtshof ein. Das Land führte im Verfahren sowohl inhaltliche als auch formale Fehler des Bundeskartellamtes ins Feld. Inhaltlich dahingehend, dass der Wald vielfältige Funktionen hat. Er ist Wirtschaftsfaktor, Erholungsort für Menschen, Lebensraum für Tiere. Dabei ist er nichts ausschließlich, sondern von allem genannten etwas. Und dem gilt es Rechnung zu tragen. So ist es durchaus eine hoheitlich-staatliche Aufgabe dafür Sorge zu tragen, dass der Wald allen Funktionen gerecht werden kann.

Fortsetzung nächste Seite



## Bienensymposium in Heitersheim

Der wirtschaftliche Nutzen von Honigbienen und anderen Insekten in Deutschland wird auf Milliarden-Euro-Beträge pro Jahr geschätzt. Allein bei der Bestäubung von Nutzpflanzen durch Bienen erhöht sich nicht nur der Ertrag, sondern auch die Qualität der Früchte. So erregen gegenwärtig die Themen Insektensterben und Bienengesundheit erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit – auch in der Region. Deshalb gingen die Teilnehmer eines Bienensymposiums der Frage "Ist die Honigbiene in ihrem Bestand gefährdet?" nach. Dazu hatte Dr. Patrick Rapp MdL, Vorsitzender des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, ins Weingut Josef Walz in Heitersheim eingeladen. Ziel war es, das Thema Bienengesundheit aus politischer und wissenschaftlicher Sicht zu beleuchten. Als Fachmann war Manuel Tritschler, Leiter der Bienengesundheit des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Freiburg, zu Gast. Vor einem interessierten Publikum widmete Tritschler sich in seinen Ausführungen den allgemeinen Rahmenbedingungen der Imkerei und den Problemstellungen für die Honigbiene. So war es interessant zu erfahren, dass sich die Imkerei in Deutschland sehr positiv entwickelt. Die steigende Zahl an Honigbienenvölkern, aber auch an Imkerinnen und Imkern bestätigten diesen Trend. "Allerdings besteht weiterhin eine enorme Vielzahl an Parasiten, die die Gesundheit der Honigbienen nachhaltig gefährden. Auch die umweltbedingten Gefahren, wie Klima, Pflanzenschutzmittel und so weiter sind nicht zu vernachlässigen", erklärte Tritschler. verbreite, wurden thematisiert. In der Diskussion ging Patrick Rapp auf die Initiativen des Ministeriums Ländlicher Raum und Verbraucherschutz zur Bienengesundheit und zu weiteren Themen Schließlich bekräftigten Rapp und Tritschler den untrennbaren Zusammenhang der landwirtschaftlichen Nutzung und der Imkerei. Einig waren sich die beiden darüber, dass es viele Mosaiksteine sind, die für den Erhalt unserer Bienen wichtig sind. Sich nur auf eine Ursache wie die Landwirtschaft zu stürzen sei wenig zielführend.

## Sag emol....

### Fortsetzung von Seite 1

Reduzieren wir Ihn auf den Wirtschaftsfaktor, gehen unter Umständen durch fehlende Diversifizierung Lebensräume verloren. Reduzieren wir Ihn auf biologischen Lebensraum geht die Nutzung verloren und wir müssen uns dann als Gesellschaft fragen, ob es sinnvoll ist, die Hölzer die wir z.B. für Bau, Möbel und Papier benötigen zu importieren.

Vielleicht aus Regionen der Erde die nicht unsere Standards haben und sich nicht der Nachhaltigkeit verpflichtet fühlen.

Hier kann man nun anführen, dass es ja Umweltlabels gibt, die eine Nachhaltige Bewirtschaftung gewährleisten.

Das ist aber nur bedingt der Fall. In skandinavischen Ländern – aus denen viel Holz importiert wird – trifft das sicherlich zu. Bei Ländern in den Tropen bzw. in Russland nicht unbedingt. Bei Hölzern die aus Südostasien z.B. Importiert werden, werden auch Plantagen mit einem Umweltsiegel zertifiziert. Dies Anbauform hat mit unserem klassischen und seit Generationen gelebten Umgang mit dem Waldbau nur sehr bedingt etwas zu tun.

Insgesamt wird seit dem Verfahren vor dem OLG Düsseldorf sehr intensiv an einer Forstneuorganisation im Land gearbeitet. Kommunale Landesverbände, Forstkammer, Regierungsfractionen und die beteiligten Ministerien diskutieren in einer Projektstruktur eine Vielzahl von Einzelfragen. Ziel ist es, in der neuen Struktur die Qualität der Forstwirtschaft auf gleich hohem Niveau zu halten. Unabhängig vom Kartellverfahren hat das Land für sich entschieden, den Staatswald in eine Anstalt des öffentlichen Rechts auszugliedern.



### Abschluß des Flurneuordnungsverfahren Nonntal in Vogtburg-Burkheim

Abschlußveranstaltung des Flurneuordnungsverfahrens Nonntal in Vogtburg-Burkheim. Minister Peter Hauk MdL war zu Gast und übergab das fertiggestellte Projekt symbolisch an die Mitglieder.

Nonntal ist ein sehr gutes Beispiel was erreicht werden kann, wenn Landnutzer, Umweltschutz und Behörden Hand in Hand zusammenarbeiten. Die Frage ist deshalb nicht Landnutzung oder Umweltschutz? Sondern Landnutzung und Umweltschutz.

Dass das gelingen kann hat das Verfahren in Burkheim sehr eindrucksvoll gezeigt. Es gilt diesen Weg weiterzugehen und ähnliche Verfahren ebenso konstruktiv anzugehen.



### Besuch im Landtag

Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern aus Bad Krozingen, Hartheim am Rhein, Staufen und weiterer Umlandgemeinden nahm auf Einladung des CDU-Landtagsabgeordneten, Dr. Patrick Rapp, an einer Busfahrt zum Besuch des Landtags in Stuttgart teil. Rapp informierte die Besucherinnen und Besucher direkt im Plenarsaal über die aktuellen Themen im Landtag und beantwortete Fragen zu Themen in der Region. Zuvor hatte die Gruppe sich im Hauptbahnhof Stuttgart über das Bahnprojekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Stuttgart-Ulm informiert.

### *Kurz gemeldet*



Informationsgespräch mit verantwortlichen Offizieren der Bundeswehr und der Schweizer Armee über die Herausforderungen, Anforderungen und Besonderheiten im Rahmen der jeweiligen Auslandseinsätze. Blick über den Tellerrand hinaus und ein Thema, dass uns bei den weltweiten Flüchtlingsbewegungen alle angeht.



Im Mai fand die erste Sitzung des Landesfachausschusses Tourismus statt, dem ich als Vorsitzender angehöre. Politik und Tourismuswirtschaft an einem Tisch, um die Rahmenbedingungen für den Tourismus richtig zu setzen ist das Ziel. Unsere Erkenntnisse und Ergebnisse wollen wir in die neue Tourismuskonzeption des Landes einbringen und die Erfolgsgeschichte des Tourismus, von der wir alle besonders im ländlichen Raum profitieren, weiter fortschreiben.